



EXTRA - AUSGABE

„Freie Spitze“ für die Kitas!

Berlin kann das Volksbegehren-Kita umsetzen

Vor dem Berliner Verfassungsgerichtshof wurde am 14. Juli 2009 über die Entscheidung des Innenministers gegen die Zulässigkeit des Volksbegehren-Kita verhandelt. Dabei wurde die Frage der Gewaltenteilung und deren Auslegung durch den Berliner Innenminister erörtert. Der Senat von Berlin trug vor, ihm obliege das Recht, von ihm selbst als verfassungsfern bewertete demokratische Äusserungen des Berliner Volkes zu untersagen – und zwar ohne ein Gerichtsverfahren anstrengen zu müssen.

Die Erheblichkeitsschwelle für den Eingriff in den Landeshaushalt wurde von dem Berliner Senat benutzt, um die erweiterten demokratischen Grundrechte, die seit der Änderung der Berliner Verfassung seit 2006 bestehen, quasi wegzuarargumentieren. Erst die Hinweise auf die parlamentarische Debatte zur Änderung der Verfassung, konnte hier den Willen des Gesetzgebers verdeutlichen: Es ist in Berlin politischer Wille, dem Bürger mit dem Volksbegehren ein Instrument in die Hand zu geben, welches auch Kosten verursachen kann.

Berlin: 30 Jahre sparen an der Bildung

Seit Jahrzehnten wurde von den Regierenden Politikern immer wieder behauptet, es sei kein Geld da, wenn es um die Forderungen des LEAK gegangen ist. 1998 hat man mit der Einführung des Betreuungsumfanges Gelder in dreistelliger Millionenhöhe aus dem Kitaetat herausgestrichen. Eltern sind dagegen auf die Strasse gegangen, Protestaktionen wurden durchgeführt, für die bes-

sere Bildungsqualität demonstriert, damit mehr Geld für die Betreuung der Kinder ausgegeben wird; sprich der Personalschlüssel verbessert wird. Mit Spar-Argumenten der Politiker wurden die Eltern, die Gewerkschaften und die Träger dieser Stadt immer wieder abgeschmettert, so dass der seit 30 Jahren existierende Personalschlüssel bzw. der Erzieher-Kind-Schlüssel nie verändert wurde.

Doch jetzt ist Schluss mit den falschen Behauptungen: 1 150 Millionen stehen zur Verfügung

In der Diskussion um die Finanzierbarkeit des Gesetzesentwurfes für das Volksbegehren Kita, der 96 Mio. Euro Investitionen jährlich bedeutet, haben wir vergeblich versucht, über die Parteien des Abgeordnetenhauses Auskunft darüber zu bekommen, wie hoch die sogenannte „freie Spitze“ des Haushaltes ist. Der Regierende Bürgermeister Herr Wowereit und der Fraktionsvorsitzende der SPD Herr Müller, haben oft genug in den Medien behauptet, bei der Realisierung des Volksbegehren-Kita müsse man in anderen Etats kürzen, z.B. bei der Feuerwehr oder Polizei. Dieses ist seit dem 14. Juli diesen Jahres nicht mehr so zu behaupten. An diesem Tag hat die anwaltliche Vertretung des Landes Berlin, dem Berliner Verfassungsgerichtshof bei der Anhörung zum Volksbegehren-Kita ein Papier vorgelegt, das die „freie Spitze“ des Haushaltes beziffert und zwar mit einer – für alle unerwartet hohen – Summe von 1,15 Milliarden Euro. Eine solche erstaunliche Summe wird in den Haushaltsberatungen, die kommende Woche beginnen, zur Diskussion stehen.

Die Glaubwürdigkeit der Rot-Roten Regierung ist verloren gegangen

In dem Vorschlag des Berliner Senats zum Haushalt 2010 / 11 vor den Sommerferien sind entgegen allen eigenen Versprechungen der Rot-Roten Regierung, von Michael Müller und Carola Bluhm im Dezember letzten Jahres – und trotz aller Proteste der Eltern, der Gewerkschaften und Träger – keine personellen Verbesserungen im Kindertagesstättenbereich vorgesehen. Lediglich die vor Jahren versprochene Beitragsfreiheit mit jährlich 17 Millionen Euro sollen umgesetzt werden, obwohl die Eltern in der Umfrage des LEAK im Mai 09 ihren Schwerpunkt auf die Bildungsqualität in den Kitas eindeutig mit 91,8 % kundgetan haben und nicht auf die Kostenfreiheit.

Wo ist das viele Geld in Berlin?

Den Berliner Bürgern und BürgerInnen hat man Jahre lang weiß machen wollen, das gar kein Geld in der Stadt ist. Wer konnte das besser als Fugmann Helsing (SPD), Peter Kurth (CDU), Thilo Sarrazin (SPD) und letztens versucht sich auch Herr Nußbaum (parteilos) in dieser Rolle, obwohl offensichtlich Geld vorhanden war und ist: Der Berliner Haushalt hat ein Volumen von 22 Milliarden Euro! Die entscheidende Frage ist doch: wofür und wie sinnvoll wird das Geld ausgegeben!

Den Berliner Bürgern und Bürgerinnen wird ein Volksbegehren in die Verfassung geschrieben, dass ihnen aber durch die Regierenden mit allerlei Trickereien entweder erschwert bzw. vereitelt

wurde oder wie beim Volksbegehren-Kita per Senatsbeschluss für ein Jahr auf das gerichtliche Abstellgleis geschoben wurde. Die Senatsverwaltung rechnete die Kosten mit falschen Annahmen hoch, um dann, angeblich aus verfassungsrechtlichen Gründen das Volksbegehren-Kita als unzulässig zu erklären. Dieses Fehlverhalten kann nur durch einen kostspieligen und aufwendigen Prozess vor dem Verfassungsgerichtshof aufgehoben werden.

Die gewollte Bürgernähe ist dahin

1150 Millionen Euro freie Spitze, keinem anderen Bereich wird etwas weggekürzt, alle Verpflichtungen des Landes Berlin werden erfüllt – da sollen nicht 96 Millionen für die Kita-Kinder für einen besseren Erzieher-Kind-Schlüssel drin sein?

Die Berliner brauchen keine weiteren Prestigebauten, Herr Wowereit, kommen Sie in der Gegenwart an, nehmen Sie die Substanz dieser Stadt in die Hand, bauen Sie am Image Berlins als eine kinderfreundlichere Stadt, die eine nicht nur quantitativ gute Betreuungsstruktur vorhält, sondern auch eine qualitativ bessere frühkindliche Bildung wegweisend für die gesamte Bundesrepublik verwirklicht. Setzen Sie den Gesetzesentwurf des Volksbegehren-Kita jetzt im Haushalt 2010/11 um, sonst werden es die Berliner Bürger und Bürgerinnen tun.

Sei demokratisch!
Sei schlau in der Kita!
Sei Berlin!

Spendenauf Ruf

Auf Eure Spenden sind wir angewiesen. Die seit dem 11. Oktober 2008 laufende Spendenaktion zur Finanzierung des Verfassungskampfs läuft immer noch. Knapp die Hälfte der erforderlichen Summe von 30.000 Euro haben wir bereits erhalten. Dafür an dieser Stelle ein ganz großes Dankeschön an alle Sammler und Spender. Auf der Website ist ein Spendenbarometer installiert! Dort wird auch allen Spendern öffentlich gedankt!

Bitte spendet weiter an: **Pro Kita e.V.**
(Verwendungszweck: Kita-Volksbegehren)
Berliner Volksbank Blz. 100 900 00
Konto Nr. 208 074 0002
Der Verein ist gemeinnützig anerkannt und jede
Spende ist steuerlich abzugsfähig!
Mit freundlichen Grüßen,
Burkhard Entrup (1. Vorsitzender LEAK)
Bei Nachfragen: 030 / 6 94 39 60